



STELLUNGNAHME

EU-US VERHANDLUNGEN ÜBER EINE TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONSPARTNERSCHA FT (TTIP)

*EUROPA IN DER WELT: DER FÖRDERUNG VON
SOLIDARITÄT, FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND
GLEICHHEIT IN DER WELT*

Die EU auf der Weltbühne

Datum:

17/04/2014



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
T +32 2 284 2111
F +32 2 230 6664
www.socialistsanddemocrats.eu

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung	3
1 Keine Absenkung von EU-Standards.....	4
2 Datenschutz.....	4
3 Regulierung der Finanzmärkte.....	4
4 Kein Unterlaufen des demokratischen Gesetzgebungsverfahrens	5
5 Arbeitnehmerrechte	5
6 Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat.....	5
7 Transparenz der Verhandlungen	6

EINFÜHRUNG

Im Juni 2013 hat der Rat der Europäischen Kommission das Mandat erteilt, mit den Vereinigten Staaten Verhandlungen über ein Transatlantisches Handels- und Investitionspartnerschafts-Abkommen (TTIP) aufzunehmen. Gemäß dem Lissabon-Vertrag muss das Europäische Parlament zustimmen, damit TTIP in Kraft treten kann.

Aufgrund des großen Handelsvolumens zwischen der EU und den USA würde dieses Abkommen die weltgrößte Freihandelszone schaffen. Neben traditionellen Marktzugangsregeln soll das Abkommen auch Investitionsschutz, Dienstleistungen, öffentliche Auftragsvergabe, nichttarifäre Handelshemmnisse und handelsbezogene Regelungen umfassen. Aufgrund seiner Größenordnung erregt das TTIP-Abkommen noch nie dagewesene Aufmerksamkeit.

Die Verhandlungen haben im Juli 2013 begonnen. Die frühzeitige Positionierung einiger Fraktionen für oder gegen die TTIP ist kein seriöser politischer Ansatz, der der Bedeutung dieses Abkommens gerecht werden würde. Entscheidend wird der endgültig ausgehandelte Text sein, der genau analysiert und geprüft werden muss. Die Tatsache, dass wir unser Veto-Recht sehr ernst nehmen, ist durch die klare Ablehnung des ACTA-Abkommens durch das Europäische Parlament bestätigt worden.

Als Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament sehen wir die Möglichkeiten, die dieses Abkommens bietet. Insbesondere der verbesserte Zugang zu US-Märkten für Dienstleistungen und öffentliche Auftragsvergabe, die Anerkennung technischer Standards, der Schutz geographischer Ursprungsangaben für europäische Produkte und die Abschaffung von US-Handelsrestriktionen (wie z.B. der "Buy American Act" und der "Jones Act") sind klare offensive Interessen der EU mit ihren Unternehmen und Dienstleistern unter TTIP. Das Abkommen ist außerdem eine Chance, die Rechte der Arbeitnehmer in den USA zu stärken, auf Grundlage hoher ILO und EU-Standards. Diese Möglichkeit wird auch vom US- Gewerkschaftsbund AFL-CIO betont. Auf der anderen Seite stellt die S&D- Fraktion jedoch eine Anzahl wesentlicher Forderungen an dieses Abkommen. Die Berücksichtigung dieser Forderungen wird bei der Analyse des endgültigen TTIP- Textes als Grundlage für die Entscheidung dienen, ob unsere Fraktion ihre Zustimmung zum Abkommen geben kann oder nicht. Unsere Forderungen konzentrieren sich die folgenden grundlegenden Punkte:

1 KEINE ABSENKUNG VON EU-STANDARDS

Der EU-Gemeinschaftsbesitzstand darf nicht gefährdet werden. Eine Marktöffnung und eine Intensivierung des Wettbewerbs dürfen nicht zu Lasten des Verbraucherschutzes oder der Beschäftigungsbedingungen gehen. In Bezug auf Lebensmittel- und Verbraucherschutz muss die Europäische Kommission darauf bestehen, dass das EU-Vorsorgeprinzip auch weiterhin gilt. Insbesondere im Bereich der Lebensmittelsicherheit muss ausgeschlossen sein, dass Fleisch von Tieren, die mit Hormonen behandelt wurden, oder bestimmte biotechnische Produkte in die EU eingeführt werden. Ebenso dürfen sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen und Standards, die derzeit für genveränderte Organismen innerhalb der EU gelten, durch TTIP nicht unterlaufen werden. Geklontes, hormonbehandeltes oder genetisch verändertes Fleisch oder aus den USA stammendes Fleisch, das in Chlorlauge gereinigt wurde, darf seinen Weg nicht in die EU finden. Des Weiteren müssen audiovisuelle Dienste und die kulturelle Vielfalt in der EU geschützt werden.

2 DATENSCHUTZ

Datenschutz sollte durch TTIP nicht geregelt werden. Die geplante EU-Datenschutzgesetzgebung sollte verabschiedet und in Kraft sein, bevor das TTIP-Abkommen in Kraft tritt. Transatlantische Datenströme sollten dem Abkommen unterliegen. Der NSA-Skandal hat sich nachhaltig negativ auf das Vertrauen zwischen den beiden Handelspartnern ausgewirkt. Die S&D-Fraktion fordert daher ein Rahmenabkommen zwischen der EU und den USA, das die Grundprinzipien des Datenschutzes festschreibt. Insbesondere muss EU-Bürgern derselbe Schutz vor Datenspanionage gewährt werden wie US-Bürger.

3 REGULIERUNG DER FINANZMÄRKTE

TTIP muss bindende und gemeinsame Maßnahmen hinsichtlich der Regulierung der Finanzmärkte umfassen, einschließlich Vorschriften für finanzielle Dienstleistungen und Finanzmarktprodukte. Es sollte nicht vergessen werden, dass es nicht zuletzt die unregulierten transatlantischen Finanzströme waren, durch die die Finanzkrise aus den USA in die EU exportiert wurde.

4 KEIN UNTERLAUFEN DES DEMOKRATISCHEN GESETZGEBUNGSVERFAHRENS

Kein im Rahmen von TTIP geschaffenes Konsultationsgremium darf die Gesetzgebungsbefugnisse und Vorrechte des Europäischen Parlaments verletzen. Dies würde nicht nur zu einem intransparenten Verfahren führen, sondern auch die Parlamente und den US-Kongress als verantwortliche Gesetzgebungsorgane unterlaufen.

5 ARBEITNEHMERRECHTE

TTIP bietet die Möglichkeit, die Arbeitnehmerrechte in den USA zu stärken. Die grundlegenden Standards der ILO zur Vereinigungsfreiheit, der Anerkennung von Gewerkschaften und der Einrichtung von Betriebsräten sollten diesbezüglich als Richtlinie dienen und im Vertrag selbst verankert werden. Deshalb bestehen wir darauf, dass die USA die ILO-Kernarbeitsnormen auf Bundesebene sowie auf Ebene der einzelnen US-Bundesstaaten vollständig und wirksam umsetzt. Diese Umsetzung könnte durch eine Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen durch die USA besser erreicht werden.

6 SCHLICHTUNG VON STREITIGKEITEN ZWISCHEN INVESTOR UND STAAT

Es hat sich gezeigt, dass die US-Verhandlungsführer und die Europäische Kommission einen so genannten Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) vereinbaren möchten. Dieser Mechanismus könnte es Investoren ermöglichen, den normalen nationalen Gerichtsweg zu umgehen und vor internationalen Schiedsstellen Rechtsverfahren gegen die EU oder die USA, oder auch gegen einzelne Mitgliedstaaten einzuleiten, um Schadenersatzansprüche für vermeintlich erlittene Investitionsverluste zu stellen. In der Vergangenheit hat es ISDS privaten Investoren ermöglicht, Verfahren gegen von souveränen Staaten erlassene Gesetze einzuleiten, nicht zuletzt in so wichtigen Bereichen wie Gesundheit, Umwelt oder Verbraucherschutz.

ISDS ist kein neues Instrument, es wird gewöhnlich in bilateralen Investitionsabkommen, auch zwischen EU-Mitgliedstaaten, verwendet. Wir sind jedoch gegen die Aufnahme von ISDS in das Abkommen zwischen der EU und den USA, da

beide Handelspartner soliden Regeln und Rechtsprinzipien unterliegen, und zuverlässige und hoch entwickelte Rechts- und Justizsysteme besitzen.

7 TRANSPARENZ DER VERHANDLUNGEN

Die Geheimhaltung der Verhandlungen ist nicht nur aus demokratischer Sicht fragwürdig; sie verhindert auch eine öffentliche Debatte, die auf Fakten anstatt auf Gerüchten basiert. Obgleich mit dem Lissabon-Vertrag die Transparenz von Handelsverhandlungen erheblich zugenommen hat, fordern wir, dass alle Verhandlungsdokumente - auch die der USA - dem Europäischen Parlament und dem Rat zugänglich gemacht werden. Generell sollten grundlegende Dokumente, einschließlich des Verhandlungsmandats, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die TTIP-Verhandlungen fielen bislang eher enttäuschend aus, da sich die USA hinsichtlich der zentralen Forderungen der EU nicht zu bewegen scheinen. Um die Verhandlungen voranzubringen, müssen sich die USA flexibler zeigen.